

# Dokumentation

---

## Sozialgipfel '96: Sozialstaat braucht Zukunft\*

Der Sozialgipfel, der am 7. und 8. Mai in Köln stattfand, ist entstanden als Initiative des DGB und seiner Gewerkschaften auf Anregung der IG Metall. Er ergänzt die im Bündnis für Arbeit angestrebten Ansätze für einen konstruktiven Dialog um die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens. Er ist auch integraler Bestandteil der programmatischen Debatte um eine Erneuerung des DGB.

Der Sozialgipfel sollte Ausgangspunkt sein für eine Verständigung großer gesellschaftlicher Verbände und Institutionen über die für notwendig gehaltenen Grundlagen des Sozialstaates.

Der gemeinsame Wille sollte in einer Sozialcharta dokumentiert werden; sie soll zudem die Funktion einer Plattform haben, für die weitere Partner gesucht werden.

Nach einer ersten gewerkschafts-internen Abstimmung wurde die Debatte über eine Charta zu den Kirchen und Sozial- und Wohlfahrtsverbänden geöffnet. An deren Ende stand die am 8. Mai vorgestellte Charta.

Die beiden Kirchen sind nicht als Mitunterzeichner aufgeführt. Dazu hätte es einer Abstimmung bedurft, die in der Kürze der Zeit nicht herbeigeführt werden

---

\* Auszüge aus den Referaten der Hauptredner. Die Charta ist über den DGB-Bundesvorstand (Postf. 101026, 40001 Düsseldorf) zu beziehen. Eine Broschüre mit der Dokumentation des gesamten Sozialgipfels ist in Vorbereitung.

konnte. Der Auftritt der Bischöfe Engelhardt und Lehmann hat jedoch gleichzeitig deutlich gemacht, daß die Kirchen die Inhalte der Charta stützen und eine gerechtere Vision für den Sozialstaat entwickeln wollen.

Der Gipfel hatte 550 Teilnehmer. Sie kamen zu zwei Dritteln aus den Gewerkschaften. Das restliche Drittel kam aus den Kirchen, den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden und anderen, zum Teil örtlichen und regionalen Initiativen. Auch Mitglieder der nationalen Armutskonferenz waren beteiligt.

D. Red.

Dieter Schulte (Vorsitzender des DGB)

I.

Vor einem Jahr - am 8. Mai 1995 - beging Deutschland den fünfzigsten Jahrestag seiner Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur. Wer auch immer sich mit welchen Lehren aus der Geschichte äußerte, in einem waren sich alle einig: Der Erfolg der zweiten deutschen Demokratie ist im wesentlichen bedingt durch die Tatsache, daß wir alle diesen Staat als *unseren* Staat empfinden. Und das wiederum ist eine Folge der wichtigsten Lehre aus dem Scheitern der Weimarer Republik: nämlich der sozialstaatlich verfaßten Demokratie unseres Grundgesetzes. Es ist der Sozialstaat, der diese Gesellschaft zusammenhält und den Menschen in Deutschland ein Leben frei von Armut und Not sichern soll. Es ist der Sozialstaat, der die sozialen Grundrechte einlösen, Spaltungen verhindern, den sozialen Frieden wahren soll. Und: Es ist der Sozialstaat, der soziale Selbsthilfe und Selbstorganisation, das Wirken der Wohlfahrts- und Sozialverbände, der die Tarifautonomie, die Freiheit und Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften wie der Arbeitgeberverbände respektieren und sichern soll.

Heute, ein Jahr nach jenem fünfzigsten Jahrestag der Befreiung, treffen sich Vertreter der Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften in Sorge um

den Sozialstaat, um die sozialstaatlich verfaßte Demokratie hier bei uns in Deutschland.

Diese Sorge ist nicht neu: Massenarbeitslosigkeit bedrückt uns seit über 15 Jahren. Der Sockel der Langzeitarbeitslosen wächst, und die Zahl derer, die infolge der Arbeitslosigkeit an den Rand gedrängt werden, wird immer größer. Einschnitte in das soziale Netz, Sozialabbau und die Mißachtung der Würde gerade der Menschen, die keine Arbeit, keine Wohnung haben, die krank oder behindert sind, quälen uns schon seit langem.

Neu ist dagegen, daß wir nicht mehr sicher sein können, ob der soziale Grundkonsens, der unsere Gesellschaft seit nun mehr als 50 Jahren getragen hat, noch von allen gewollt wird. Es wird immer deutlicher, daß etwas ins Rutschen gerät, was in der Summe mehr ist als nur eine Ansammlung von sogenannten Besitzständen, nämlich der soziale Friede in diesem Land.

Den Sozialstaat und seine Kernfunktionen sichern, heißt auch, seine mittel- und langfristige Finanzierung sicherstellen. Aber der Sozialstaat darf nicht denen ausgeliefert werden, für die Bilanzen nur eine Frage von Zahlen sind und soziale Verantwortung zunehmend ein romantisches Fremdwort wird.

Ich bin dankbar dafür, daß sich heute hier Menschen und Organisationen zusammengefunden haben, die an unterschiedlichen Stellen und in unterschiedlichen Rollen Verantwortung in dieser Gesellschaft tragen. Diese Unterschiede wollen wir nicht verwischen; wir wollen auch niemanden vereinnahmen. Aber ich denke, weil wir Grundüberzeugungen teilen, für sie gemeinsam eintreten wollen, macht es guten Sinn, auch gemeinsam nach außen deutlich zu machen, daß eine breite Koalition in dieser Gesellschaft aufsteht, wenn an ihren sozialen Grundfesten gerüttelt wird.

Aber wir haben auch unterschiedliche Verantwortlichkeiten, zu denen wir

stehen. Ich spreche hier für den DGB, für die deutschen Gewerkschaften. Und als Teilnehmer der sogenannten Kanzlerunden weiß ich, daß wir hier nicht über abstrakte Befürchtungen reden. Seit dem 23. April habe ich nicht mehr nur die Sorge, sondern die begründete Annahme, daß sich maßgebliche Kräfte in dieser Republik vom Sozialstaat verabschieden wollen. Wie sonst ließe sich erklären, daß die Spitzenvertreter der Arbeitgeberverbände und in ihrem Gefolge die Spitzen von Bundesregierung und Koalition Verhandlungen der Kanzlerunden gebrochen haben und damit aus dem Bündnis für Arbeit ausgestiegen sind? Wie sonst ließe sich verstehen, daß Bundesregierung und Spitzenverbände der Wirtschaft den Dialog zur Reform des Sozialstaates abgebrochen und ein Paket sozialer Grausamkeiten auf den Weg gebracht haben, das in seiner Einseitigkeit alles bisher Gekannte in den Schatten stellt? Und wie anders kann ich die Ankündigungen aus der Koalition und den Arbeitgeberverbänden verstehen, den Sozialstaat noch weiter zu demontieren und die Tarifautonomie in Frage zu stellen? (...)

Arbeitgeber und Gewerkschaften haben immer unterschiedliche Interessen vertreten. Daran wird sich auch nichts ändern. Aber beide Seiten haben gelernt, daß sie Rechenschaft nicht nur gegenüber ihren unmittelbaren Mitgliedern schuldig sind, sondern auch Verantwortung für das Ganze tragen. Daraus hat sich das entwickelt, was vor allem im Ausland der deutsche Weg zur Sozialpartnerschaft genannt worden ist.

Darum sind wir vielfach beneidet worden; übrigens keineswegs nur aus sozialen, sondern auch aus ökonomischen Gründen. Der daraus resultierende soziale Friede, die Stabilität und die Berechenbarkeit der demokratischen Entwicklung haben sich zu einem der wichtigsten Standortvorteile der deutschen Wirtschaft entwickelt.

Diese Fähigkeit von Arbeitgebern und Gewerkschaften, den Gegensatz von

Arbeit und Kapital zu bändigen, sich trotz aller Gegensätze auf gemeinsame Anstrengungen zu verständigen, steht jetzt auf dem Spiel. (...)

## II.

Sicher: Auch wir Gewerkschaften wissen: Der Sozialstaat ist reformbedürftig. Aber noch wichtiger: Er ist reformwürdig. Wir haben Vorschläge unterbreitet von der Kranken- zur Renten- bis hin zur Arbeitslosenversicherung, vom bürgerfreundlichen und sparsamen öffentlichen Dienst bis hin zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen in den gesetzlichen Sozialversicherungen. Wir haben auch gesagt: Der Sozialstaat ist keine Wundertüte, aus der sich jeder bedienen darf.

Auch wir sind gegen Mißbrauch sozialer Leistungen, und auch Gewerkschaften wollen, daß Steuern und Sozialabgaben nach Möglichkeit gesenkt werden. Aber das alles muß unter einem Prinzip stehen: dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit. Starke Schultern können nun einmal mehr tragen als schwache. Was aber jetzt auf dem Tisch liegt, bewirkt genau das Gegenteil. Es schwächt die Schwachen und stärkt die Starken, es spaltet diese unsere Gesellschaft.

Schon heute ist es so, daß von einer Steuermark Unternehmer und Besitzer von Vermögen real nur noch 10 Pfennig zahlen, weil es in unserem Steuerrecht von Abschreibungsmöglichkeiten, Verlustvorträgen, Abzügen von der Steuerschuld, Freibeträgen nur so wimmelt. (...)

Gewerkschaften wurden als Organisationen der Selbsthilfe und der Einforderung sozialer Rechte gegründet. Diese Tradition wollen wir stärken.

Ohne soziale Gerechtigkeit kann es keine Modernisierung der Wirtschaft, der Gesellschaft und erst recht nicht des Sozialstaates geben. Und wer immer die Gewerkschaften als Partner braucht, in den Betrieben, in den Verwaltungen, in der Gesellschaft und in der Politik, der

muß sich auf unsere Vorschläge zur Reform des Sozialstaates, auf unsere Leitbilder sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Solidarität einlassen: Wir halten fest am Bündnis für Arbeit - und wir erweitern dieses Bündnis um das Ziel der sozialen Gerechtigkeit. Bündnis für Arbeit: das heißt Leistung und Gegenleistung. Da haben die Gewerkschaften, da haben insbesondere die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in vielen Unternehmen und Branchen ihre Leistung erbracht.

Jetzt sind die Arbeitgeber dran, jetzt müssen sie kommen, die neuen und sicheren Arbeitsplätze, vor allem die Ausbildungsplätze, damit junge Menschen endlich wieder eine Zukunft in diesem Lande haben.

Und das Bündnis für soziale Gerechtigkeit? Die Menschen brauchen Arbeit und sie brauchen soziale Gerechtigkeit. Sie sind bereit, auf vieles zu verzichten, wenn sie dafür neue Arbeitsplätze entstehen sehen und wenn es dabei gerecht zugeht. Das haben viele übersehen oder geglaubt, die Massenarbeitslosigkeit habe uns schon so an die Wand gedrückt, daß nun die Zeit für soziale Grausamkeiten gekommen sei. Ich sage: Sie haben sich getäuscht:

Mit dem Bündnis für Arbeit sind die Gewerkschaften all denen entgegengetreten, die meinten, sie würden nur noch die Interessen der Arbeitsplatzbesitzer vertreten. Das war nie richtig, aber spätestens jetzt konnte sich jeder überzeugen: Die Gewerkschaften und ihre Mitglieder machen durch eigene Angebote ernst mit dem Kampf um mehr Arbeit und Beschäftigung. Sie waren, auch unter eigenen Opfern, bereit zu teilen, wenn dafür Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden.

Auf Bundes- und Spitzenebene haben sich die Partner einem solchen Bündnis entzogen und statt dessen Maßnahmen verabredet, die nicht weniger, sondern mehr Arbeitslosigkeit produzieren werden. Deshalb nenne ich dies das Bündnis *gegen* Arbeit.

Aber auf den anderen Ebenen geht das Ringen um unser Bündnis für Arbeit weiter: in den Branchen und Betrieben, in den Ländern und Regionen.  
(...)

Klaus Zwickel (1. Vorsitzender  
der IG Metall)

## I.

Die ungerechte und unsoziale Wirklichkeit in Deutschland wird immer häufiger vergessen und verdrängt. Ich will deshalb an einige Fakten und Daten erinnern: Die Rekordhöhen der Arbeitslosigkeit, der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit sind sattsam bekannt. Armut und Obdachlosigkeit breiten sich aus: Die Altersarmut nimmt zu. Mehr als ein Viertel aller Haushalte in Deutschland gelten als arm. 1 Million Kinder werden in die Sozialhilfe hinein geboren. 150000 Obdachlose leben auf der Straße. Weitere 800000 Menschen leben mehr schlecht als recht in Notunterkünften. Und 50 000 Kinder leben in Behelfsbehausungen, in Obdachlosenheimen und auf der Straße.

Die Verteilungsungerechtigkeit spitzt sich zu; bei Einkommen und Vermögen. Der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am gesamten Volkseinkommen ist gefallen: von 76,9 Prozent in 1982 auf heute unter 70 Prozent - dies entspricht dem Wert von 1970. Die Zahl der Haushalte mit weniger als 1 800 DM Monatseinkommen ist seit 1982 um mehr als 30 Prozent gestiegen. Für Westdeutschland gilt: Fünf Prozent der Haushalte besitzen über 30 Prozent des Geldvermögens. 25 Prozent verfügen über kein Vermögen - oder über eines in Höhe von maximal 10000 DM. Und in Ostdeutschland: Vier Prozent der Haushalte besitzen 20 Prozent des Geldvermögens; ebenfalls 25 Prozent verfügen über gar kein Vermögen. Ich will die Aufzählung von Fakten damit beenden.

Wir unterstützen die Forderung der Sozial- und Wohlfahrtsverbände nach periodischer Vorlage eines Armutsberichts durch die Bundesregierung.

Gefordert ist darüber hinaus ein Verteilungsbericht, der die Entwicklung von Armut und Reichtum zugleich wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatte, auch im Deutschen Bundestag, rückt.

Angesichts dieser Wirklichkeit wird uns der Sozialstaat als nicht mehr bezahlbar und sein Abbau als Königsweg zum Beschäftigungsaufbau präsentiert. Und in dieser Situation wird die Vermögenssteuer abgeschafft, während die Erhöhung des Kindergelds verschoben und Zahnersatz für Kinder verweigert wird. Arbeitslose und Kranke, Frauen und Familien werden abgestraft, die soziale Spaltung wird vertieft; die Ausgrenzung wird verfestigt, und sie nimmt zu. Dies ist ein einziger politischer Skandal! Ein solches Programm ist ein Irrweg, ist weder christlich noch demokratisch! Dies ist ein Verstoß gegen elementare Grundsätze sozialer Gerechtigkeit!

## II.

Mit der Aufforderung zu einem „Bündnis für Arbeit“ haben sich die Gewerkschaften offensiv in die Auseinandersetzung um die solidarische Erneuerung des Sozialstaates eingemischt. Sie haben die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in den Mittelpunkt der politischen Debatte gerückt. Wir haben dabei nicht nur Forderungen an die anderen gerichtet, sondern auch eigene Beiträge in Aussicht gestellt. Wir haben dies getan in der Überzeugung, daß wir „mehr Beschäftigung erreichen und den Sozialstaat erhalten“ müssen - wie die Sozialstaatscharta formuliert.

Das „Bündnis für Arbeit“ war und ist Aufforderung zum „gesellschaftlichen Kompromiß mit Beiträgen der Politik, der Arbeitgeberverbände und auch der Gewerkschaften“. Es entspricht dem Gebot des Gebens und Nehmens, eines fairen Interessenausgleichs. Dieser gesellschaftliche Kompromiß ist von den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Wirtschaft und auch von der Bundesregierung ins Gegenteil verkehrt worden. Statt des

„Bündnis für Arbeit“ soll ein Pakt, ein Komplott gegen Arbeit und Sozialstaat geschmiedet werden.

Ich sage: Wer die Hand zum Kompromiß ausschlägt, setzt darauf, einseitig seine Interessen durchzusetzen, setzt auf Mißbrauch seiner Macht. Eine solche Gesellschaft ist nicht unser Modell. Ein solches Gesellschaftsmodell ist weit davon entfernt, sozial gerecht und solidarisch zu sein. Statt dessen rückt nun die Verteilungskrise als die eigentliche Ursache für die weltweite Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Arbeit, Vermögen, menschenwürdiger Arbeits- und Lebensbedingungen in das Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Noch im Januar haben die Gewerkschaften gemeinsam mit der Regierung und den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden wichtige Orientierungsmarken gesetzt. Dies war ein Hoffnungszeichen für einen gesellschaftlichen Konsens. Dem ist der Wortbruch gefolgt. Er manifestiert sich in der Regierungserklärung Helmut Kohls von vorletzter Woche. Und in den Aussagen von BDI und BDA. An die Stelle des Beschäftigungsaufbaus tritt der Sozialabbau. An die Stelle gesellschaftlicher Kooperation tritt die politische Konfrontation. Wir halten an unserem Angebot fest. Aber wir werden den Weg zu mehr Arbeitslosigkeit und sozialem Unrecht auch entschieden bekämpfen! (...)

## III.

Wir wollen die Verringerung der gesetzlichen Lohnnebenkosten, die Umfinanzierung politisch gewollter Leistungen, die jetzt einseitig zu Lasten der Beitragszahler gehen.

Die Möglichkeiten der Steuerfinanzierung sind keineswegs ausgeschöpft: Legale Steuerschlupflöcher müssen schnell und konsequent geschlossen werden. Steuerkriminalität muß konsequent bekämpft werden. Eine Gerechtigkeitsabgabe oder ein Vermögenslastenausgleich für höhere Privatver-

mögen muß eingeführt werden. Die Öko-Steuerreform muß jetzt begonnen werden. Das sind Erfordernisse einer gerechten und zukunftsweisenden Steuerpolitik.

Wir müssen uns selber eine Reihe unkonventioneller Fragen stellen, zum Beispiel: Wie steht es mit der Besteuerung hoher Zusatz-Renten? Wie steht es mit einer Begrenzung des Ehegattensplittings? Wie steht es um eine Begrenzung der Sozialleistungen bei hohen und höchsten Einkommen? Und vor allem: Wir sollten die Wertschöpfungsabgabe in den Mittelpunkt unserer Debatten bringen.

Es ist richtig: Die Finanzierung des Sozialstaates über Abgaben auf die Erwerbsarbeit wird zu einem Problem. Aber es gilt auch vor allem, dem Märchen entgegenzuwirken, die Kosten des Sozialstaates seien grenzenlos ausgeufert: Die Sozialleistungsquote, das heißt, der Anteil aller Sozialleistungen am Brutto-sozialprodukt, lag 1993 in Westdeutschland mit 30,3 Prozent deutlich unter dem Durchschnittswert der achtziger Jahre von 32 Prozent, in Ostdeutschland allerdings situationsbedingt bei 70 Prozent. Dies ist nicht dem angeblichen Sozialmißbrauch, sondern der deutschen Einheit geschuldet. Ihre finanziellen Lasten müssen von allen Steuerzahlern getragen werden, und besonders müssen die zu einem Lastenausgleich herangezogen werden, die mehr und sehr viel haben. (...)

#### IV.

Der Sozialstaat muß soziale Gerechtigkeit herstellen und Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Das Sparprogramm der Bundesregierung führt weder zu mehr Beschäftigung noch zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Es vergrößert soziales Unrecht. Es belastet insgesamt den schwächsten Teil der Gesellschaft. Es läßt die Besserverdienenden ungeschoren, es begünstigt die Vermögensbesitzer und Unternehmen. Das ist es, was bei den Menschen Empörung auslöst und Zorn verursacht.

Kein Sonderbeitrag der Bezieher hoher Einkommen und der Besitzer großer Vermögen wird verlangt. Keine Verpflichtung der Arbeitgeber für mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze wird vorgenommen. Statt dessen ist erklärtes Ziel, daß sich Gewinneinkommen weiter erhöhen, die Kapitalrendite steigt, nur die Unternehmen von Kosten entlastet werden. Dieses Programm folgt dem falschen Konzept, daß der Abbau des Sozialstaats den Aufbau von Arbeitsplätzen bewirken werde.

Beschäftigungsaufbau kann aber so nicht erreicht werden - und in wenigen Jahren bei dann noch höheren Arbeitslosenzahlen werden die nächsten Schritte folgen. Wenn der Sozialstaat selbst als beschäftigungshemmend und wettbewerbsfeindlich angesehen wird, dann wird den Angriffen jetzt zwangsläufig der Kahlschlag folgen. Wer „Markt pur“ will, der will den Sozialstaat Schritt für Schritt beseitigen. Der ist auf dem Weg zu „Kapitalismus pur“. Wer dies für übertrieben hält, den erinnere ich an die Ablehnung der Mindestlöhne am Bau durch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Schmutzkonzurrenz zu Hungerlöhnen - so lautet das politische Programm!

Ich verweise auf die Einschränkungen des Kündigungsschutzes. Wenn dies Gesetz wird, dann werden die Belegschaften von 70 bis 80 Prozent aller Betriebe im wahrsten Sinne des Wortes zum Freiwild. Kein einziger neuer Arbeitsplatz wird dadurch entstehen, aber Heuern und Feuern ist dann legitimiert. Abbau des Kündigungsschutzes trägt schon gar nicht zur Sanierung der Sozialkosten bei - aber dazu, daß Arbeitslosigkeit sich noch weiter vergrößert. Der Eingriff in die Lohnfortzahlung bringt kernen einzigen Pfennig für die Entlastung der öffentlichen Haushalte und der Sozialkassen. Er führt auch nicht dazu, daß die Ursachen von krankheitsbedingten Fehlzeiten in den Betrieben bekämpft werden. Im Gegenteil: Die Unternehmen können sich die Beseitigung der Krankheitsursachen jetzt erst

recht schenken. Sie kämpfen statt dessen gegen die Kranken - und spalten die Belegschaften. Wir werden das nicht hinnehmen. Wir haben dafür gestreikt, daß Kranke nicht auch noch bestraft werden - und dafür werden wir auch künftig mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, eintreten.

Die Arbeitgeberverbände fordern jetzt, das Gesetz so zu formulieren, daß Tarifverträge gebrochen werden. Wenn wir das zulassen, wird es Schlag auf Schlag weitergehen: Schon fordert die BDA, den Tarifvorrang zu beseitigen - und damit einen Verstoß gegen das Grundgesetz. Und der BDI-Präsident ermuntert offen zur Tariffucht, zum Bruch von Tarifverträgen.

Ich frage: Was wäre in dieser Republik los, wenn Gewerkschaften so mit Recht und Gesetz umspringen würden?

Wir wollen eine Republik verhindern, in der die Regierung nur noch ausführendes Organ von BDI und BDA ist.

Helmut Kohl, Norbert Blüm, Theo Waigel und alle anderen Minister haben ihren Amtseid auf das Grundgesetz, und nicht auf die Satzung dieser Verbände abgelegt! (...)

Jürgen Gohde (Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V.)

Bei der Umgestaltung des Sozialstaates, wo es um Reform und Konsolidierung geht, muß grundsätzlich beachtet werden, daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik in einem ausbalancierten Verhältnis zueinander bleiben. Was für einen Sozialstaat unsere Gesellschaft will und welchen Preis sie dafür zahlen möchte, steht im Vordergrund. Leider wird die Debatte nicht so geführt, sondern es geht statt dessen um die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme. Es geht um deren Ökonomisierung. Und das ist nicht nur eine Frage der Ökonomie, das ist nicht nur eine Frage der Sozialpolitik im Sinne der gerechten Verteilung von

Gütern, sondern es ist darüber hinaus eine ethische Frage, wie Starke und Schwache in dieser Gesellschaft miteinander leben wollen. Die Freie Wohlfahrtspflege macht deutlich, daß unser Sozialstaat eine einmalige, bürgerschaftliche Sicherung ist, deren ethische Kriterien Freiheit und Gerechtigkeit sind. (...) Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Sozialstaates.

Aufgrund der Bestimmung unserer Verfassung, die Menschenwürde zu achten und zu schützen, ist der Staat zur Solidarität gegenüber den Hilfebedürftigen verpflichtet. Sozial gestaltende Tätigkeit ist grundgesetzlich verankert. In unserem Sozialstaat ist ein individueller, persönlicher Hilfebedarf über das Prinzip der Bedarfsdeckung im Bundessozialhilfegesetz rechtlich anerkannt. Auch derjenige, der selbst zum Volkseigentum weder durch Arbeit noch durch Leistung etwas beiträgt, hat Anspruch auf einen Teil desselben, wie es Ernst Benda, der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, ausgeführt hat. Soziale Gestaltung geschieht auf der Grundlage der Subsidiarität, um beides zu garantieren: einerseits die Sorge für Bedürftige, soziale Gerechtigkeit und Freiheit des sozialen Handelns andererseits. Unser Sozialstaat ist eine Ordnung verantworteter Freiheit, in der Gerechtigkeit gestaltet wird. Wer ein rein marktwirtschaftliches Modell will, das die Spannung zwischen Freiheit und Gerechtigkeit auflöst und Lebensrisiken privatisiert, verändert die Chancengleichheit zwischen Menschen ebenso wie in staatlich-planwirtschaftlichen Systemen, wo es auf der anderen Seite zur kollektiven Funktionalisierung von Menschen kommt. (...)

Unser Sozialstaat ist geprägt durch seine Verantwortung für das Gemeinwohl. In Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten ist Gemeinwohlorientierung eine Gratwanderung. (...)

Die Verbände der Freien Wohlfahrts-  
pflege setzen sich in der jetzigen Spar-  
diskussion dafür ein, daß die Grundprin-  
zipien unseres Sozialstaats nicht aufge-  
geben werden. Sie setzen sich dafür ein,  
daß es nicht zu einer Ökonomisierung  
der sozialen Arbeit kommt. Sie treten  
dafür ein, daß es zu einem Bündnis  
sozialer Arbeit kommt. Sie sprechen sich  
für einen breiten sozialen Konsens dar-  
über aus, daß in gesellschaftlichen Um-  
bruchsituationen ethische Entscheidungen  
zu treffen sind, wenn eine Gesell-  
schaft nicht versinken soll in Egoismus  
und im Durchsetzen eigener Interessen.

Wir wollen ein Bündnis sozialer  
Arbeit als Bündnis verschiedener Part-  
ner, die ihre Unterschiedlichkeit und ihre  
Eigenständigkeit einbringen, um im Dia-  
log gemeinsam einen neuen sozialen  
Konsens zu erreichen, der ein Zusam-  
menleben von Starken und Schwachen  
ermöglicht. Alle „gesellschaftlichen Kräfte“  
müssen ihrer Mitverantwortung für  
die Gestaltung des Sozialstaates Rech-  
nung tragen.

#### Reform des Arbeitsförderungsgesetzes

Arbeitslosigkeit stellt die größte Her-  
ausforderung in der Sozialpolitik dar.  
Ihre Auswirkungen spüren wir in der  
zunehmenden Belastung anderer Sozial-  
leistungssysteme und in der oftmals mit  
erheblicher Schärfe geführten Diskussion  
über den Umbau des Sozialstaates. Ein  
Großteil sozialer Problemlagen, insbe-  
sondere von Familien, resultiert aus dem  
Fehlen von Arbeit.

(...)

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze  
muß deshalb vordringliches sozial-, tarif-  
und wirtschaftspolitisches Ziel sein. Für  
die Verbände der Freien Wohlfahrts-  
pflege kommt es dabei vor allem darauf  
an, diejenigen in die Arbeitswelt zu inte-  
grieren, die im Wettbewerb um Arbeits-  
plätze oftmals schlechtere Chancen  
haben. Deshalb ist eine Reform der  
Arbeitsmarktpolitik und des Arbeitsför-  
derungsgesetzes dringend geboten. Diese  
sollte folgende Aspekte berücksichtigen:

- Verbesserung der Verzahnung der  
Arbeitsförderung mit Wirtschafts- und  
Strukturpolitik;
- die Flexibilisierung der Maßnahmen,  
vor allem der aktiven Arbeitsförde-  
rung;
- eine zielgruppenspezifische Förde-  
rung insbesondere für Behinderte,  
Ältere und Jugendliche;
- Einräumung eines Rechtsanspruches  
auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen;
- Vorrang der aktiven vor passiven  
Arbeitsförderungsleistungen;
- Maßnahmen zur Vermeidung von  
Langzeitarbeitslosigkeit;
- die Vereinheitlichung bzw. Verein-  
fachung der Förderkriterien und der  
Zugangsvoraussetzungen;
- Qualifizierung in Verbindung mit  
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen;
- Entlastung der Beitragszahler von der  
Finanzierung der beruflichen Aus- und  
Weiterbildung durch Steuermittelein-  
satz.

Aus Sicht der Verbände der Freien  
Wohlfahrtspflege muß die Reform des  
Arbeitsförderungsgesetzes vor allem auch  
dazu beitragen, daß weniger Menschen  
wegen Arbeitslosigkeit auf Sozialhilfe  
angewiesen sind. Eine Novellierung des  
AFG muß auch Strukturreformen im  
Blick haben. Es kann auf Dauer für das  
gesamte Sozialsystem nicht sinnvoll sein,  
wenn Sozialhilfeleistungsträger - über  
Einzelfälle hinaus - massenhaft system-  
fremde Leistungen absichern müssen.  
Eine solche Strukturreform erfordert die  
Besinnung auf die originären Aufgaben  
und Zuständigkeiten des jeweiligen So-  
zialleistungssystems.

Ein besonderes Anliegen ist es, daß  
allen Arbeitslosen der Zugang zu Förder-  
möglichkeiten und Leistungen nach dem  
AFG ermöglicht wird. Unseres Erach-  
tens ist es kontraproduktiv, kostentrei-  
bend und verwaltungsaufwendig, die  
Zuständigkeiten für Arbeitsmarktpolitik  
aufzuspalten: die Bundesanstalt für

Arbeit für Arbeitslose mit vorhandenen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen und das Sozialamt für alle anderen. (...)

#### Stärkung der Sozialhilfe

Die freie Wohlfahrtspflege unterstreicht den Satz, daß sich unsere sozialen Sicherungssysteme grundsätzlich bewährt haben. Ihre Funktion muß gerade in Krisenzeiten aufrecht erhalten bleiben. Dies gilt insbesondere für die Sozialhilfe. Sie bildet das Rückgrat für die Sicherstellung eines menschenwürdigen Lebens. Sie ist ein Mindesteinkommen, sie ist Grundlage und Maßstab für die gesellschaftliche Teilhabe und legt den Standard fest, der Hilfebedürftigen in Notlagen zugestanden wird. Ihre Prinzipien „Bedarfsdeckung, Individualisierung, Nachrangigkeit“ müssen erhalten bleiben.

Belastet wurde das Auffangnetz des Bundessozialhilfegesetzes in den letzten Jahren dadurch, daß es für immer größere Personengruppen zu einer Regelversorgung geworden ist. Offenbar wurden und werden die der Sozialhilfe vorgelagerten Sicherungs- und Versorgungssysteme ihren Anforderungen nicht mehr gerecht. Eine Reform ist deshalb erforderlich. Diese kann u. E. nur im Kontext einer auf die gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen eingehenden umfassenden Reform des Sozialsystems gesehen und angegangen werden. Ein isoliertes Vorgehen innerhalb der Sozialhilfe kann bestehende Probleme nicht wesentlich verringern. Wenn vorrangige soziale Sicherungssysteme ihrem Auftrag gerecht würden und in den allermeisten Leistungsfällen wirkliche Not verhindern würden, hielte sich der Reformbedarf innerhalb der Sozialhilfe in engen Grenzen. Dies gilt insbesondere für das Arbeitsförderungsgesetz und den staatlichen Familienlastenausgleich. Arbeitslose Menschen ausreichend finanziell abzusichern und in den Arbeitsmarkt zu reintegrieren, ist z. B. eine originäre Aufgabe der Arbeitsverwaltung und müßte im Bereich der Sozialhilfe nicht neu gere-

gelt werden. Ein sachgerechter Familienlastenausgleich würde dazu führen, daß über 800000 Kinder nicht mehr von Sozialhilfeleistungen abhängig wären. Allen dadurch würde sich die Anzahl der Sozialhilfeempfänger um etwa ein Drittel reduzieren. Die Sozialhilfe könnte sich dann wieder ihrem originären Auftrag zuwenden. Die derzeitigen Novellierungsbestrebungen lösen die Strukturfragen nicht. Sie verschärfen die Lebenssituation von Hilfeempfängern.

Gefordert sind Zukunftsvisionen für unsere Gesellschaft, Investitionen für Familien und Kinder, Investitionen in Neuverteilung von Arbeit und Neugestaltung von Arbeitsverhältnissen. Es geht - um es mit einem Zitat von Konrad Adam zu sagen - darum, daß „Gemeinwohl kein einklangbares Ziel, sondern eine Haftung (ist), ein anderes Wort für die Bereitschaft, den Standpunkt zu wechseln und sich nicht allzu fest darauf zu verlassen, daß sich die anderen schon selbst zu helfen wissen. Viele sind dazu nämlich gar nicht in der Lage. Wer keine Stimme hat, die Kinder, die Behinderten und die umgebende Natur, braucht einen Anwalt. Nichts hat die Unentbehrlichkeit einer Gemeinwohlidee, die alles Persönliche hinter sich läßt, deutlicher werden lassen, als die Rücksichtslosigkeit, mit der diejenigen übergangen werden, die nicht mitreden können. (...) Der übersteigerte Individualismus ist zwar nicht der einzige, aber der entscheidende Grund für den Überdruß, den die Deutschen an der Politik empfinden.“<sup>1</sup>

#### Bischof Karl Lehmann (Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz)

##### I.

(...)

Der Sozialstaat, Solidarität und soziale Gerechtigkeit sind (...) nicht lediglich ein Anhängsel, ein Substitut wirtschaftlicher und ökonomischer Handlungs- und Entscheidungsmaxime oder gar ihrem Pri-

<sup>1</sup> Konrad Adam, Die Ohnmacht der Macht, Berlin 1994, S. 191.

mat untergeordnet, so sehr andererseits wirtschaftlicher Erfolg und soziale Leistungsfähigkeit einander bedingen. Auch sind soziale Leistungen kern Luxusgut, das man sich nur in besseren Zeiten leisten kann, ebensowendig etwa gar Almosen oder Wohltätigkeiten, die die Betroffenen demütig und dankbar entgegennehmen sollten. Sie sind vielmehr zuerst ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, die die Empfänger, die darauf aus sozialen Gründen angewiesen sind, wirklich brauchen. Wann denn sonst als in wirtschaftlichen Krisenzeiten muß sich der Sozialstaat bewähren und müssen wir darauf Bedacht nehmen, daß seine Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit erhalten bleiben. Dies ist gewiß nicht selbstverständlich. Marktwirtschaft zielt auf Freiheit. In ihr gibt es jedoch immer eine Gefährdung der Freiheit des Schwächeren, die die Sozialpolitik im Sinne eines Korrektivs ausgleichen muß.

## II.

Unser Sozialstaat hat sich bewährt und war die entscheidende Voraussetzung dafür, daß der soziale Frieden bei uns bisher bewahrt blieb. Es gelang immer wieder ein - sicher oft mühsamer und auch brüchiger - Ausgleich zwischen der Dynamik der Marktwirtschaft und der Sozialpolitik. Der Zündstoff des sozialen Gefälles in der Gesellschaft konnte immer wieder entschärft werden, ohne daß damit die bleibende Ungleichheit der individuellen Leistungsfähigkeit aufgehoben wurde. Nicht zuletzt hat der Sozialstaat - wenigstens grundsätzlich - eine weitere Bewährungsprobe auch im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung bestanden. Dies heute bei allen Einzelproblemen festzustellen, ist ebenso notwendig, wie daran zu erinnern, daß der soziale Friede in unserem Land immer als einer der wichtigsten Standortfaktoren betrachtet wurde und tatsächlich nach wie vor auch ist. So konnte der soziale Friede bei uns dank eines funktionierenden Sozialstaates bewahrt bleiben - trotz der anhaltend hohen Massenarbeitslosigkeit und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs ganzer Industrie-

zweige. Es ist ein gemeinsames hohes Verdienst, daß sich Arbeitgeber und Gewerkschaften in unserem Land immer wieder trotz aller Konflikte „zusammengerauft“ haben. Diese Errungenschaften werden m. E. in der „Standortdebatte“ zu sehr vernachlässigt.

Es steht jedoch heute außer Zweifel, daß dem Sozialstaat seine entscheidende Bewährungsprobe erst noch bevorsteht, er bisher aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung kaum existentiellen Belastungsproben ausgesetzt war. Um so notwendiger ist es, nicht den sozialen Frieden durch eine Preisgabe dessen, was ihn substantiell ausmacht, zu gefährden, Solidarität und soziale Gerechtigkeit nicht einseitigen Interessen zu opfern, sich jedoch auch nicht notwendigen Reformen zu widersetzen.

## III.

Die größte Bedrohung für den sozialen Frieden in unserem Land und unseren gesellschaftlichen und solidarischen Zusammenhalt geht von der anhaltend großen Massenarbeitslosigkeit aus.  
(...)

Ich sehe meine Aufgabe nicht darin, in eine Ursachenanalyse über diese Entwicklung einzutreten oder dafür Verantwortliche ausfindig machen zu wollen. Es hilft nicht weiter, bei den Folgen einer Vielzahl sehr komplexer und z. T. auch autonomer politischer, wirtschaftlicher und sozialer Einzelentscheidungsprozesse, und dies zunehmend in globaler Dimension, einzelne Schuldige an den Pranger stellen zu wollen. Dies gilt auch - und dies hier herauszustellen, ist ein Gebot der Ehrlichkeit - für die Wechselwirkungen von Sozialstaat, Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung. Weder sind der Sozialstaat und die sozialstaatlichen Aufwendungen die Ursache für die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, noch kann daher umgekehrt davon ausgegangen werden, daß die Arbeitslosigkeit sinkt und wir aller wirtschaftlichen Probleme ledig sind, wenn wir die sozialstaatlichen Aufwendungen

nur einschränken und den Sozialstaat zurückschrauben.

Unsere hohe Sozialabgabenquote im Verbund mit der hohen Abgabenquote überhaupt stellt einen erheblichen Arbeitskostenfaktor dar. Entlastungen in diesem Bereich können mithelfen, unsere Wettbewerbssituation zu verbessern, aber sie bringen nicht die Lösung der zugrundelegenden komplexen Probleme. Über diese Fragen, die damit erhofften wirtschaftlichen Wirkungen und sozialen Belastungen muß offen und vorbehaltlos zwischen denen, die dafür zuständig und verantwortlich sind, gesprochen werden. Bei der öffentlichen Diskussion dieser Fragen muß man manchmal jedoch den Eindruck gewinnen, daß die Wechselwirkungen von Arbeitslosigkeit, notwendigen sozialen Ausgleichsleistungen und Abgabenbelastungen unter manchen Schlagworten zum willkommenen Anlaß werden, die *soziale* Marktwirtschaft als System in Frage zu stellen und die Wirtschaftsordnung anders auszurichten. Es helfen uns jedoch weder überholte klassenkämpferische Anwendungen noch nostalgische Versuchungen einer heimlichen Rückkehr zu gesellschaftlichen Systemen, zu deren Kennzeichnung das Schlagwort Kapitalismus sich fast unvermeidlich aufdrängt, auch wenn man es sonst zu grobschlächtig empfindet. Uns hilft weder eine naive Verherrlichung des Marktes allein noch seine simple Verteufelung. Der Bankrott des östlichen Staatskapitalismus rechtfertigt keine Rückkehr zu irgendwelchen Banalitäten aus der Vorzeit.

Um auch hier nicht mißverstanden zu werden: Bei der globalen Arbeitsteilung ist die Verlagerung von Arbeitsplätzen in das Ausland über die Verbesserung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit hinaus häufig gleichzeitig ein Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und Förderung weniger entwickelter ausländischer Standorte. Jedoch muß man nicht selten den Eindruck gewinnen, daß vor allem auch gewinnträchtige Unternehmen nur zu schnell bereit sind, nicht nur Arbeits-

plätze abzubauen und in das Ausland zu verlagern, sondern gleich auch ihre Gewinne zu exportieren, um sich im Inland den für lästig empfundenen Sozial- und Steuerabgaben zu entziehen.

#### IV.

Bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen muß man mitunter den Eindruck gewinnen, der Sozialstaat sei eine unaufhörlich sprudelnde Quelle, die in unserer Gesellschaft jeden Besitzstand gewährleistet und für alle alle Wohltaten freihält. Wir dürfen den Sozialstaat nicht dem Wohlfahrtsstaat gleichsetzen und das Gegenüber von Gesellschaft und Staat aufheben. Der Staat hat gewiß die Aufgabe, die Gesellschaft „sozial“ zu korrigieren und zu ergänzen, ohne jedoch die Eigenständigkeit der Gesellschaft und ihre Fähigkeit, das „Soziale“ auch selbst hervorzubringen, zu schwächen. Niemand kann die Subventionen für welche Wirtschaftszweige auch immer, von den Werften über die Landwirtschaft bis zur Kohle, zum unveräußerlichen Bestand unseres Sozialstaates erklären.  
(...)

Die Ehrlichkeit einer offenen Diskussion zu diesem Fragenkomplex gebietet andererseits aber auch festzustellen und anzuerkennen, daß an der Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates, so insbesondere unseres Sozialversicherungssystems, nicht nur die Versicherten selbst partizipieren, sondern ebenso z. B. Arzneimittel- und Pharma-Industrie, Kureinrichtungen, Krankenhäuser, Alten- und Pflegeeinrichtungen und nicht zuletzt Ärzte- und Apothekerschaft mit einer Vielzahl von Arbeitsplätzen. Auch hier sind die Schablonen von Überinanspruchnahme und Mißbrauch für die Sanierung zu simpel, wie es ebenso unehrlich ist, auf die damit gestellten Fragen überhaupt nicht einzugehen.  
(...)

#### V.

In der jüngsten Vergangenheit hat es bereits mehrere drastische Einschnitte in das soziale Sicherungssystem mit um-

fangreichen Einsparungen und Entlastungen in Milliardenhöhe gegeben, die die Frage nach der sozialen Ausgewogenheit und Symmetrie aufgeworfen haben. Die wirtschaftliche und auch absehbare demographische Entwicklung, der hohe Stand der Arbeitslosigkeit, die angespannte Haushalts- und Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte einschließlich der Situation der Sozialversicherungsträger machen weitere einschneidende Einsparungen und die Überprüfung sowohl der Einnahmемöglichkeiten als auch der Ausgaben des Sozialstaates unabweisbar.  
(...)

#### VI.

Ein solcher Neuanfang ist dringend vonnöten. Trotz aller Bemühungen um einen Grundkonsens haben wir immer noch ein Lagerdenken. Wir finden nie eine Lösung, wenn wir wie in einem Stellungskrieg versuchen den Gegner, der ein Partner sein müßte, über den Tisch zu ziehen. Ich habe den Eindruck, wir sind von einem „Bündnis“ wieder weit entfernt.

Es wäre endlich notwendig, wirklich an einen gemeinsamen runden Tisch zu kommen, an dem alle Teilnehmer gleichberechtigt sind. Daß wir Einsparungen vornehmen müssen, sollte Voraussetzung sein. Es hat jedoch keinen Sinn, oft unglücklich und provozierend vorgetragene Einzelmaßnahmen exklusiv in den Vordergrund zu stellen, sondern es geht wirklich nur mit einem ausgewogenen Paket, in dem jeder erkennen kann, daß alle ihren Beitrag leisten: der Beamte und der Arbeitnehmer, die „Besserverdienenden“ und die unteren Lohngruppen. Die Leute wissen schon, daß sie den Gürtel enger schnallen müssen und sind dazu bereit - wenn es alle tun.

(...)

Landesbischof Klaus Engelhardt  
(Vorsitzender des Rates der  
Evangelischen Kirche in Deutschland)

#### I.

(...)

Soziale Sicherung ist nicht einfach eine pragmatische Maßnahme des auf Minimierung von sozialen Belastungen und sozialen Spannungen bedachten Staates. Soziale Marktwirtschaft ist nicht freie Marktwirtschaft mit sozialer Abfederung. Sie ist auch nicht ein Unternehmen, das einfach nur die Überschüsse einer erfolgreichen Volkswirtschaft verteilt. Sie ist vielmehr ein elementarer Bestandteil unserer politischen Kultur. Es ist mir wichtig, daß wir so etwas wie eine „Vision“ von einem demokratischen, sozialen und zukunftsfähigen Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland haben und uns engagiert für eine Sozialkultur, für seine Verwirklichung einsetzen.

Der Entwurf der Sozialcharta beschreibt die Aufgaben, vor denen wir jetzt stehen. Es geht um drei Aufgaben: um die Bewahrung der Substanz unseres bewährten Sozialstaates, um seine Anpassung an eine veränderte Situation und um seine Verbesserung. (...)

Anpassung: Daß es auch um eine Anpassung des Sozialstaats an eine veränderte Situation gehen muß, ist den Autoren des Entwurfs deutlich. Dies ist einer der bemerkenswertesten Punkte des Textes überhaupt, denn hier wird akzeptiert, daß Anpassung auch Einsparen, Abspecken und Abbauen von Besitzständen bedeutet. An mehr als drei Stellen wird signalisiert, daß die Gewerkschaften auch zu Verzichtleistungen bereit sind, so etwa wenn diese Verzichtel verlässlich einem Beitrag gegen die Arbeitslosigkeit zugute kommen. Dies ist der gute Geist des „Bündnisses für Arbeit“, der sich durch das Papier zieht. Er verdient unsere entschlossene und nachhaltige Unterstützung. Bei ihm geht es im Kern um das, was die Soziale Marktwirtschaft im Unterschied zur „Markt-

wirtschaft pur" meint, nämlich um das Miteinander und Füreinander. Ohne die Bereitschaft aller zu notwendigen Opfern kommen wir nicht weiter. Die veränderten Wettbewerbsbedingungen in einer globalisierten Wirtschaft betreffen uns alle, die Arbeitnehmer direkter und massiver als die Kapitaleigner. Kapital sucht sich andere, erfolgreichere Orte; diesen Fluchtweg haben die Arbeitnehmer nicht. Darum ist ein „Bündnis für Arbeit" so wichtig. Mir ist bewußt, wie schwer es ein solcher Vorschlag hat. Er wird rasch als Zeichen der Schwäche oder als PR-Trick mißdeutet und mit zusätzlichen Forderungen zu noch viel mehr Verzicht und noch viel tieferen Einschnitten konterkariert. Ein vergleichbarer Beitrag der *anderen* Seite ist mir nicht bekannt. Ich bedauere es, daß dem „Bündnis für Arbeit" bisher so wenig Erfolg beschieden war. Das „Bündnis für Arbeit" ist eine ausgestreckte Hand. Ich möchte uns alle ermuntern, nicht nachzulassen und solche Modelle des Miteinanders trotz schwieriger Gesprächslage und trotz mangelndem Echo und Erfolg beharrlich weiter zu verfolgen. Aber das hat natürlich nur dann einen Sinn, wenn jede Seite bereit ist, immer wieder über den eigenen Schatten zu springen.

Verbesserung: Unser Sozialstaat kann nicht einfach nur „verschlankt" werden, er muß auch leistungsfähiger werden, denn es gibt noch manche Defizite in unserer sozialen Sicherung. Dies ist eine ebenso wichtige Zukunftsaufgabe wie Bewahrung und Anpassung. Der Familienlastenausgleich, die Verbesserung der Wohnsituation, die Sicherstellung der Kinderbetreuung, die eigenständige soziale Sicherung der Frau - all das sind Gestaltungsaufgaben für eine moderne und zukunftsfähige soziale Sicherung. Um so mehr bedauere ich, daß die Bundesregierung in ihrem Sparprogramm den Vorschlag macht, die Erhöhung des Kindergeldes um ein Jahr zu verschieben. Hier wird an der falschen Stelle gespart. Der Zukunftssicherung und dem Vertrauen in die Verlässlichkeit der Politik wäre mehr gedient, wenn an dieser Stär-

kung der Familien festgehalten und statt dessen der Solidaritätszuschlag später oder in geringerem Umfang zurückgeführt wird.

Maßnahmen zur Verbesserung des Sozialstaates sind nicht kostenlos. Sie können nicht einfach draufgesattelt werden. Sie machen Einschnitte und Eingriffe notwendig. Um uns eine ausreichende Pflegeversicherung leisten zu können, werden wir alle uns manche anderen Dinge nicht mehr in gleicher Weise leisten können. Es muß so gesehen zu Veränderungen und Umverteilungen auch innerhalb des Systems kommen. (...)

## II.

(...)

Warum ist es so schwer, in diesen Tagen unseren Sozialstaat im Konsens zu bewahren, anzupassen und zu verbessern? Ich möchte ein paar Gesichtspunkte nennen:

- Es geht hier um gegensätzliche Interessen, und es wird versucht, diese Interessen durchzusetzen. Die Angst um das Unterliegen im Kampf um die Wahrung der Interessen wird aber bereits in Gesprächen spürbar, aus denen die Offenheit schwindet und in die das Taktieren einzieht. Hier frage ich uns alle nach dem verantwortlichen Umgang mit Macht.
- Schwierigkeiten macht das Beharren auf unveränderten Wunschzielen. Alte Schlachten sollen jetzt noch einmal geschlagen werden. Man muß bei vielen Äußerungen den Eindruck bekommen: Es geht nicht um neue, angepaßte Lösungen, sondern um die Verwirklichung uralter Forderungen und um politische Tageserfolge. Wie bei der Streichung des Büß- und Bettages haben wir den Eindruck, daß es oft eher um das Bezahlen politischer Preise als um eine wirkliche, sachliche und angemessene Problemlösung geht. Ich frage uns alle nach redlicher Sachbezogenheit.

- Was ein Vorankommen ebenfalls schwierig macht, ist unser aller Neigung zu selektiver Wahrnehmung und einer interessengeleiteten Sicht der Dinge. Ist das Bild von dem überbordenden Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland als „internationalem Spitzenreiter in Sozialausgaben“ wirklich richtig? Ist unsere Vorstellung von Wirtschaft und Sozialstaat, bei der so stark die westdeutsche Sicht bestimmend ist und bei der die Fragen der Länder der Dritten Welt keine große Rolle spielen, der globalen Situation angemessen? Ist es richtig, die Dinge so ausschließlich und überbetont betriebswirtschaftlich zu sehen oder so ausschließlich orientiert an den Interessen und Belangen unserer Klientel oder so ausschließlich aus der Sicht der Bessergestellten? Hier ist mehr Gesamtsicht, Weitsicht und Beachtung der anderen gefragt.

Und schließlich, für uns alle ein heißes Eisen, das weitverbreitete Besitzstandsdenken. Es zieht sich durch unsere ganze Gesellschaft, es macht auch vor den Kirchen nicht halt. Sehr schnell geht das

Besitzstandsdenken davon aus, daß das, was zweifellos bewahrt werden muß im Sozialstaat, allzu selbstverständlich identisch ist mit dem, woraus man selbst Nutzen zieht. Hier frage ich uns alle nach mehr Gemeinwohlorientierung und Uneigennützigkeit.  
(...)

### III.

Was jetzt geleistet werden muß, wird an dem Entwurf einer Sozialcharta deutlich. Die Aufgabe muß sein, unseren Sozialstaat zu erhalten, ihn zukunftsfähig zu machen. Auf der Basis eines umfassenden „Bündnisses für Arbeit“ muß die Arbeitslosigkeit vermindert werden. Kosten senken, die Flexibilität in allen Bereichen erhöhen, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte begrenzen - wir kennen diese Forderungen, dies sind gewaltige Anstrengungen. Bei allem, was wir tun, muß deutlich werden: Die Schwächeren in unserem Land müssen sozialen Schutz und Gerechtigkeit erfahren. Die Lasten müssen von allen getragen werden, aber die stärkeren Schultern müssen die größeren Lasten tragen.  
(...)